



Gesellschaft Schweiz – Armenien (GSA), Postfach 497, CH - 3000 Bern 14

Zur sofortigen Veröffentlichung

Medienmitteilung

Bern, 26. November 2010

Türkischer Staatsbesuch in der Schweiz: Wünsche nach Lösung der armenischen Frage

Während seines offiziellen Besuchs in der Schweiz, hat der türkische Staatspräsident Abdullah Gül vor dem ganzen Bundesrat seine Entschlossenheit geäußert, die Normalisierung der Beziehungen mit Armenien fortsetzen zu wollen. Ferner sei die Schweiz für die Türkei ein Vorbild in verschiedenen Bereichen. Offen bleibt, ob dies auch den Respekt für die Menschenrechte und die lückenlose Durchsetzung der UNO-Völkermordkonvention einbezieht. Obwohl Signale aus der türkischen Zivilgesellschaft deutlich ersichtlich sind, die Last ihrer Vergangenheit abarbeiten zu wollen, erwartet nun die Gesellschaft Schweiz-Armenien (GSA) von Ankara den mutigen Schritt, den Völkermord von 1915 unmissverständlich zu anerkennen. Die Schweiz kann die Türkei diesbezüglich begleiten.

Die armenische Frage gilt in der Agenda vom Staatspräsident Gül als prioritär. Der Versuch der Türkei, die nationalrätliche Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern mit allen politischen Mitteln rückgängig zu machen, ist gescheitert. Schlimmer noch für die Türkei ist, dass die weltweit anerkannte Faktizität des Völkermordes später auch vom Bundesgericht festgehalten wurde.

Die Schweizer Diplomatie hat 2001 die Aufgabe übernommen, die Versöhnung zwischen den armenischen und den türkischen Völkern zu begünstigen. Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung, der Zusammenstellung und der Unterzeichnung der Protokolle in Zürich letztes Jahr gespielt. Die GSA hatte allerdings im Vorfeld gewarnt, die Protokolle seien politisch unreif und problematisch. Vor allem weil einerseits die Türkei als Vorbedingung eine Lösung des Karabakh-Konfliktes zu Gunsten von Aserbaidschan gestellt hatte – was aber in den Protokollen nirgends zu finden ist – und weil durch die Einsetzung einer Expertenkommission das Risiko bestand, die völkerrechtliche Definition des Völkermordes wieder zur Diskussion stellen zu wollen. Das war und ist inakzeptabel aus wissenschaftlichen, rechtlichen sowie vor allem menschlichen Gründen und hätte auch, in diesem Tenor, zum Misserfolg geführt, (was dann letztlich auch geschehen ist). Die Rolle der Schweiz ist es, im Sinne ihres Bekenntnisses zur UNO-Völkermordkonvention, eine solche Relativierung (was konkret einer Leugnung der Fakten von 1915 entspricht) zu verhindern. In den Protokollen kam das nur ungenügend zur Geltung.

Die Normalisierung und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei sind von der Lösung des Konfliktes in Berg-Karabakh zu trennen. Mit der Absicht, beiden Sachen zu verknüpfen, hat die Türkei einen diplomatischen Fehler begangen, der ihr Einknicken gegenüber der Erpressung von Aserbaidschan (Gaslieferungen) ans Licht gebracht hat. Die GSA hofft, dass die Türkei nicht versuchen wird, eine neue Front der Verhandlungen zu öffnen – vielleicht sogar mit der Schweiz als Vermittlerin. Denn es ist absehbar, dass lediglich jene völkerrechtlichen Prinzipien einfließen würden, die den Interessen von Aserbaidschan entgegenkommen. Das Selbstbestimmungsrecht von Berg-Karabakh oder der Verzicht auf Gewaltausübung drohte ausgelassen zu werden, etwa wie die Deklaration des letzten NATO-Gipfels in Lissabon gezeigt hat.

Die GSA ist überzeugt, dass eine Annäherung zwischen der armenischen und der türkischen Nationen unverzichtbar ist. Nicht aus ökonomischen oder strategischen Gründen, wie etwa die Konstruktion einer neuen Pipeline oder wegen lukrativer Energieverträge, sondern weil ein Völkermord tiefe Wunde offen lässt. Primär bei den Opfern, vor allem bei den neuen Generationen, die das Trauma nicht haben verarbeitet können. Und vice versa gilt das auch für die Täter bzw. ihre Nachfahren, weil sie ihre nationale, ja staatliche Identität auf einem sehr wackligen Grund, einem Massenverbrechen, aufgebaut haben. Die Türkei soll daher endlich die Realität dieses Völkermordes, ohne wenn und aber, in ihrer Zivilgesellschaft zur Akzeptanz bringen.

Kontakt: Sarkis Shahinian, Präsident der GSA; Mobil: 076 399 16 25;
shahinian@armenian.ch

Informationen: Weitere Medienmitteilungen der GSA bezüglich der Protokolle finden Sie auf der folgenden Seiten:

http://www.armenian.ch/index.php?id=saa_pr

http://www.armenian.ch/index.php?id=_saa_position